Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Christa Naaß, Franz Maget, Natascha Kohnen, Harald Güller, Dr. Thomas Beyer, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Harald Schneider, Sabine Dittmar** und **Fraktion (SPD)**

Ende der Atom-Subventionen gefordert

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die durch die Bundesregierung geplante Einführung einer Brennelementesteuer zu unterstützen und sich zugleich für ein Ende der Zinsabschlagsteuerbefreiung für die gesetzlich festgelegten Rückstellungen einzusetzen. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich Bestrebungen zu widersetzen, die Einführung der Brennelementesteuer mit der Verlängerung der Laufzeiten zu verknüpfen.

Begründung:

Atomstrom ist für die Betreiber günstig, weil die AKW abgeschrieben sind und der Steuerzahler die Atomenergie mit (je nach Schätzung) 45 bis 100 Mrd. Euro subventioniert hat. Die günstigen Produktionskosten für Atomstrom wirken faktisch nicht preisdämpfend, sondern erhöhen lediglich die Gewinne (über 300 Mio. Euro pro AKW und Jahr) der vier großen Energieversorgungsunternehmen. Die beliebig verwendbaren steuerfreien Rückstellungen in Höhe von derzeit rund 26 Mrd. Euro stellen ein jahrzehntelanges zinsloses Darlehen für die AKW-Betreiber dar. Dies verstärkt den ohnehin bestehenden Konzentrationsprozess in der Stromwirtschaft, welcher u.a. ein Grund für die enormen Strompreissteigerungen ist. Die öffentliche Hand bleibt auf einem großen Teil der nicht abschätzbaren Folgekosten der Atomenergie sitzen: Kosten für gescheiterte Projekte, Castortransporte, Endlagerforschung, Atomaufsicht, Hinterlassenschaften der DDR, Deckung der Restrisiken.